

**21. und 22. April 1946** Vereinigungsparteitag der KPD und SPD zur SED in Berlin, vorher gab es viele regionale Vereinigungen in den verschiedenen Provinzen Deutschlands.

**26. April 1951** Volksbefragung. Der Bundestag in Bonn beschließt Verbot aller Organisationen, die eine Volksbefragung gegen die Remilitarisierung vorbereiten.

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

7. Ausgabe / 21. Jahrgang

Für Halle

19. April 2011

## **Einberufung einer außerordentlichen Tagung des 3. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt**

**(Beschluss des Landesvorstandes am 12. April 2011)**

### 1. Gegenstand

Gemäß § 16 Absatz 3 beruft der Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt eine außerordentliche Tagung des 3. Landesparteitages für den 30. April 2011 nach Magdeburg, in das Büro- und Tagungscenter (BTM) ein.

Diese Tagung hat das Ziel, eine Auswertung des Wahlkampfes und der Ergebnisse vorzunehmen, Schlussfolgerungen zu ziehen und die politischen Schwerpunkte der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt nach den Landtagswahlen 2011 zu beraten. Die außerordentliche Einberufung begründet sich durch die Absicht, auf die aktuellen landespolitischen Entwicklungen zeitnah reagieren zu können, nachdem sich der neue Landtag konstituiert hat und mit der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD deren Absichten zur Gestaltung Sachsens-Anhalts für die kommende Legislatur vorliegen.

Auf einem außerordentlichen Landesparteitag darf nur über Anträge beraten und beschlossen werden, die unmittelbar mit dem Grund der Einberufung zusammenhängen.

### 2. Vorläufige Tagesordnung

1. Eröffnung des Landesparteitages
2. Konstituierung  
Beschlussfassung über
  - Tagesordnung
  - Zeitplan
3. Rede des Landesvorsitzenden zur politischen Situation und zu den Aufgaben des Landesverbandes
4. Rede des Fraktionsvorsitzenden zu den Aufgaben der Landtagsfraktion in der kommenden Legislatur
5. Aussprache
6. Rede des Wahlkampfleiters zur Umsetzung des Wahlkampfes und zu Schlussfolgerungen für kommende Wahlkämpfe
7. Aussprache
8. Bericht Mandatsprüfungskommission
9. Beschlussfassung

weiter auf Seite -2-

## Einberufung einer außerordentlichen Tagung...

Fortsetzung von Seite -1-

### 3. Vorläufiger Zeitplan

- 10.00 Uhr – 10.05 Uhr Eröffnung
- 10.05 Uhr – 10.10 Uhr Konstituierung
- 10.10 Uhr – 10.40 Uhr Rede des Landesvorsitzenden zur politischen Situation und zu den Aufgaben des Landesverbandes
- 10.40 Uhr – 11.10 Uhr Rede des Fraktionsvorsitzenden zu den Aufgaben der Landtagsfraktion in der kommenden Legislatur
- 11.10 Uhr – 12.00 Uhr Aussprache
- 12.00 Uhr – 13.00 Uhr Pause
- 13.00 Uhr – 13.20 Uhr Rede des Landeswahlkampfleiters
- 13.20 Uhr – 15.00 Uhr Fortsetzung der Aussprache
- 15.00 Uhr – 15.10 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 15.10 Uhr – 15.30 Uhr Beschlussfassung
- 15.30 Uhr Ende der Tagung

Anträge sowie Vorschläge zur Tagesordnung sind ab sofort bis zur Konstituierung der Tagung möglich und beim Landesvorstand einzureichen.

### **Fraktion DIE LINKE: Unterstützung für Bündnis „Halle gegen Rechts“ - keinen Platz für Nazis\***

Wulf Gallert,

Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt

Fraktion DIE LINKE: Unterstützung für Bündnis „Halle gegen Rechts“ - keinen Platz für Nazis\*  
„Die Fraktion hat heute den einstimmigen Beschluss gefasst, das Bündnis „Halle gegen Rechts“ in seinem Widerstand gegen den geplanten Naziaufmarsch zu unterstützen.

Es kann nicht hingenommen werden, dass Rechtsradikale ihre faschistischen und menschenverachtenden Parolen ungehindert verbreiten können, für DIE LINKE bleibt es dabei: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Für die Fraktion bleibt es unabdingbar, Demokratie und Zivilgesellschaft zu stärken und demokratische Werte und Normen zu verteidigen. Sie appelliert an alle

demokratischen Kräfte dieses Landes, die gemeinsame Verantwortung im Kampf gegen Rechtsextremismus wahrzunehmen und breite zivilgesellschaftliche antifaschistische Bündnisse auf allen Ebenen gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus zu bilden.

Je mehr Menschen den Nazis am 1. Mai 2011 Widerstand entgegensetzen, desto weniger Platz bleibt ihnen, ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten.“



**Öffentlich!  
Weil's wichtig  
für alle ist.**

#### **Linkes Blatt**

##### **Impressum:**

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de  
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - täglich  
Auflage: 650 Exemplare

##### **Spenderbeten**

Endredaktion dieser Ausgabe:  
14.04.2011  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 28.04.2011

## Lohndumping per Gesetz stoppen - Mindestlohn endlich einführen

Statement der Parteivorsitzenden Dr. Gesine Löttsch auf der Pressekonferenz im Berliner Karl-Liebknecht-Haus:

Einen schönen guten Tag. Ich werde mich zu vier Themenkomplexen äußern: erstens zum Thema Lohnentwicklung in Bezug auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit, zweitens zur Energiewende, drittens zum Rentenbeschluss, der im Kabinett ansteht und viertens zu den Diskussionen im Parteivorstand und den Ergebnisse unserer heutigen Sitzung, die allerdings noch andauert.

Am 1. Mai fallen die noch geltenden Einschränkungen im Rahmen der europäischen Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreiheit fast vollständig weg. Sie wissen ja, dass wir seit vielen Monaten darauf hinweisen. Es gibt immer noch keinen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Die Gefahr, dass die Leiharbeit weiter ausgedehnt wird, ist ab diesem Tag in greifbare Nähe gerückt und somit ein weiteres Einfallstor für den Abbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze. Wenn die Bundesregierung und

auch die Mehrheit des Bundestages nicht endlich dem zustimmt, dass wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen, dann macht sich die Bundes-

ben jetzt gesehen, dass die Energiekonzerne zurückschlagen. Es war eigentlich schon vor den Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg klar, dass dieses Morato-

### Countdown für den Mindestlohn

Die Zeit drängt: Mindestlohn statt Lohndumping!

Ab 1. Mai 2011 droht jetzt eine neue Runde des Lohndumpings. Die noch geltenden Einschränkungen im Rahmen der europäischen Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreiheit fallen mit diesem Tag fast vollständig weg. Unternehmen können dann auch Arbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa zu Niedriglöhnen einsetzen, wie sie in den jeweiligen Herkunftsländern gelten. Davor schützt nur der flächendeckende Mindestlohn und das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“. Nur so kann verhindert werden, dass Unternehmen künftig ausländische und deutsche Beschäftigte gegeneinander ausspielen.

DIE LINKE wird sich in den kommenden Wochen und Monaten verstärkt für den Mindestlohn einsetzen. Mischt auch Ihr Euch ein und unterstützt die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn.

Kontakt: [mindestlohn@die-linke.de](mailto:mindestlohn@die-linke.de)

regierung zum Zuhälter für dubiose Leihfirmen, denn - um nur eine Zahl zu nennen - 11,5 Prozent der Leiharbeiter müssen aufstocken. Das heißt die Steuerzahler müssen für zweifelhafte Arbeitgeber aufkommen. Wir sind der Auffassung, dass dieser Zustand beendet werden muss. Es bleibt nur noch diese eine Sitzungswoche im Deutschen Bundestag, um den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn vor dem 01. Mai einzuführen. Die Fraktion DIE LINKE wird dazu am Donnerstag mit ihrem Antrag Position beziehen. Wir hoffen natürlich, dass die Mehrheit des Bundestages in dieser Frage unseren Vorschlägen folgt.

Zweiter Punkt, die viel diskutierte Frage der Energiewende: Wir ha-

rium nicht akzeptiert werden würde. Nun gab es die ersten Klagen. Die Energiekonzerne haben erklärt, dass sie nicht mehr in den Ökofonds einzahlen wollen. Ich finde dieses Verhalten überhaupt nicht hinnehmbar. Die Bundesregierung ist nur aufzufordern, dass sie auch gegenüber den Stromkonzernen die Rechtstaatlichkeit durchsetzt. Wenn ein Bürger seine Steuern nicht zahlt, dann geht der Staat mit allen juristischen Mitteln gegen ihn vor. Gegen die Atomkonzerne wird jedoch sehr zögerlich vorgegangen, wenn sie sich nicht an die Regeln halten. Das ist nicht akzeptabel. Der Finanzminister muss das Geld eintreiben.

Dritter Punkt: Das Bundeskabinett will in dieser Woche eine Ren-



tenerhöhung von 0,99 Prozent - also von weniger als einem Prozent - beschließen. Angesichts der steigenden Preise ist das nicht mal der Inflationsausgleich. Das ist also de facto eine Rentensenkung. Wir als LINKE fordern seit langem, dass das Rentensystem wieder in Ordnung gebracht und die Rentenformel wieder hergestellt werden muss. Dazu gehört natürlich auch, die Rentenungerechtigkeit zwischen Ost und West aufzuheben. Der Haushaltsausschuss hatte übrigens das Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgefordert, bis zum 31. März einen Bericht über die Ostrenten vorzulegen. Das war keine Anforderung der LINKEN, sondern eine Anforderung des gesamten Haushaltsausschusses. Dieser Bericht liegt immer noch nicht vor. Man arbeite daran, wird uns signalisiert, aber augenscheinlich hat das Ministerium in dieser Frage keinen Überblick. Wir schätzen ein, dass die Bundesregierung mit ihrer Arbeit wesentlich dazu beiträgt, die Rentenversicherung zu destabilisieren. Ich will Ihnen da mal ein Beispiel nennen: Wenn wir in unserem Land die Situation haben, dass 30 Prozent der 4 Millionen Selbstständigen so wenig Einkommen erzielen, dass sie nicht in die Rentenkassen einzahlen können und darauf hoffen, später einmal im Alter die Grundsicherung zu bekommen, dann ist das natürlich ein Beitrag zur Destabilisierung der Rentenkasse. Wir als LINKE sind der Auffassung, dass die Rentenerhöhung zum 1. Juli höher ausfallen könnte, wenn nicht in den letzten Jahren systematisch der Arbeitsmarkt durch Niedriglöhne und Minijobs destabilisiert worden wäre. Für uns ist gute Arbeit die Voraussetzung für gute Rente.

Vierter Punkt: Gerade tagt der Geschäftsführende Vorstande der Partei DIE LINKE. Wir haben uns natürlich mit verschiedenen aktuellen Fragen auseinandergesetzt, mit Aktionen zum 01. Mai - das erwähnte ich schon -, mit der Vorbereitung der Ostermärsche, wo DIE LINKE sehr klar ihre Position zum Thema Libyen-Krieg zum Ausdruck bringen wird, und wir haben uns natürlich auch mit Debatten innerhalb unserer Partei befasst. Einen Punkt will ich besonders erwähnen, weil er auch medial schon eine Rolle gespielt hat: Wir hatten ja vor längerer Zeit schon geplant, eine Konferenz der Kreisvorsitzenden einzuberufen. Am Montag vergangener Woche haben wir diese Konferenz verschoben. Wir haben aber gemerkt, dass das eine falsche Entscheidung war. Darum haben wir jetzt beschlossen, noch vor der Sommerpause eine Konferenz der Kreisvorsitzenden ein-

zuberufen - wahrscheinlich hier nach Berlin -, um über die Zukunft der Gesellschaft, aber auch die Zukunft unserer Partei zu diskutieren. Wir werden selbstverständlich auch die Kreisvorsitzenden, die das wünschen, in die Vorbereitung konkret einbeziehen. Es wird auf keinen Fall eine Konferenz sein, wo vorn, also vom Präsidium, eine Vielzahl von Reden gehalten wird, sondern wir wollen in Arbeitsgruppen diskutieren. Vor einem Jahr gab es so eine Tagung in Kassel, bei der insbesondere die Diskussion der Teilnehmer in den Arbeitsgruppen zu den verschiedensten Themen, eine positive Resonanz auslöste.

Daraus wurde die Schlussfolgerung gezogen, solche Konferenzen zu wiederholen.

Das werden wir jetzt auch machen. Wir haben also diesen Beschluss von der vergangenen Woche korrigiert.

1. MAI 2011

**DAS IST DAS MINDESTE** !

DGB

FAIRE LÖHNE GUTE ARBEIT SOZIALE SICHERHEIT

**PROF. DR. GESINE SCHWAN**  
(PRÄSIDENTIN DER HUMBOLDT-VIADRINA SCHOOL OF GOVERNANCE)  
 SPRICHT AM TAG DER ARBEIT AUF DEM MARKTPLATZ IN HALLE

**09.30 Uhr Liedermacher Paul Bartsch & Band**

10.30 UHR – ERÖFFNUNG – GRÜßWORT – MAIREDE  
**JOHANNES KRAUSE**  
(DGB REGIONSVORSITZENDER HALLE-DESSAU)

**DAGMAR SZABADOS**  
(OBERBÜRGERMEISTERIN STADT HALLE)

**11.30 - UHR DAS „WIE WILLST DU LEBEN“ HERZBLATT**

**12.00 UHR - STREITGESPRÄCH ZU „FAIREN LÖHNEN UND GUTER ARBEIT“**  
(Prof. G. Schwan; E. Koppitz - IG BCE; A. Kapper-Leibe - IGM; C. Schaar - IHK; T. Keindorf - HWK)

**10.00 – 14.00 UHR RAHMENPROGRAMM**  
SIMULTANSCHACH MIT BUNDESLIGASPIELERINNEN CLAUDIA ECKHARDT & TATJANA MELAMED  
 SPIELE PETER – CLOWN – LUFTBALLONMODELAGE, WIKIWIKI MAMOKUPONI MIT MOBILEN SPIELPLATZ  
 INFORMATIONSTÄNDE VON EINZELGEWERKSCHAFTEN, PARTEIEN, VEREINEN UND VERBÄNDE  
 MODERATION – ENRICO URBAN – PRO CULTURA

**13.00 – 14.00 UHR – „Die Kassenpatienten“ - Ärzte Cover Band**

www.region-sachsen-anhalt-sued.dgb.de

DGB IG BCE EVG GSW IGM YERDI

www.dgb.de

## Ein herzliches Dankeschön aus Kuba

Am 17. Februar übergaben Cuba Sí-Compañeros im Milchprojekt Rosafé (Provinz Havanna/Mayabeque) den Bulldozer, für den wir im Mai 2010 eine Spendenkampagne gestartet hatten. Jetzt haben uns die Projektmitarbeiter die ersten Fotos vom Einsatz des schweren Gerätes im Kampf gegen den Marabú-Strauch geschickt. „Dieser Bulldozer“, schreiben sie, „ist eine enorme Arbeitserleichterung für uns. Er ermöglicht uns, große Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung zurückzugewinnen. Für uns Kubaner bedeutet diese zusätzliche Anbaufläche eine höhere Produktion von Lebensmitteln und Futterpflanzen - und damit weniger Devisen-Importe.“

Der Leiter des Cuba-Sí-Projekts in Rosafé, Eduardo Sosa, bat uns, allen Spenderinnen und Spendern in Deutschland noch einmal ein riesiges Dankeschön zu übermitteln: „Muchas gracias - viva la solidaridad!“ Ein Video von der Bulldozer-Übergabe gibt's im Internet unter <http://www.cuba-si.org>.  
AG Cuba Sí



Der Cuba-Sí-Bulldozer knickt mit der Schaufel die Marabú-Stämme ab und zieht anschließend mit den Greifern die tiefliegenden Wurzeln aus der Erde.

*Cuba Sí*

### Gedenken an den Tag der Befreiung

Der Landesverband der Verfolgten des Naziregimes und der Antifaschistinnen und Antifaschisten Sachsen-Anhalt (VdN-BdA e.V.) rufen die Vertreter der Parteien und Organisationen sowie die Bürger der Stadt Halle auf, sich an der Kranzniederlegung

**am Sonntag, dem 08. Mai 2011,  
um 10:00 Uhr,  
dem Tag der Befreiung,**

zu beteiligen.

Wir ehren an diesem Tag die Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft und gedenken der Befreiung vom Naziregime durch die Antihitlerkoalition.

An der Gedenkstätte der Nationen auf dem Gertraudenfriedhof in Halle spricht Herr Johannes Krause, Vorsitzender des Regionalverbandes des DGB Sachsen-Anhalt Süd, die Worte des Gedenkens.

**Treffpunkt 9:45 Uhr Haupteingang zum Gertraudenfriedhof (Landrain 25)**

**Um 11.00 Uhr wird auch die alljährliche Gedenkveranstaltung der Freundschaftsgesellschaft Sachsen-Anhalt mit den Völkern des Ostens e. V. auf dem Südfriedhof stattfinden.**

### Leserbrief

#### Vergessen, verkauft entsorgt?

Eigentümer des neu errichteten Stadions ist die Stadt. Aber haben die Bürger keine Rechte bei der Namensnennung?

Der Clubchef des HFC sagte ganz richtig beim Richtfest: „Und andererseits geht es nicht nur um ein Bauwerk aus Stein, sondern auch um ein Stück in Stein geronnene Seele und Tradition der Bevölkerung der Stadt und Region Halle...“ Für die Hallenser wird der Neubau mit dem Namen des Arbeitersportlers und KPD-Stadtrats Kurt Wabbel verbunden bleiben - könnte man dem nicht mit einer Namenserverweiterung „Erdgas-Sportpark Kurt Wabbel“ Rechnung tragen oder wenigstens eine Gedenktafel mit dem Namen „Kurt Wabbel“ am legendären Marathontor anbringen?

Ich wäre enttäuscht über eine „Entsorgung“ des Andenkens an einen Antifaschisten.

Ingrid Höpner

## Eine Linke Menschenrechtsorganisation wird 20 Jahre alt!

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM) wurde am 31. Mai 1991 in Berlin von Wissenschaftlern, Künstlern und Theologen gegründet. Das war zunächst eine Reaktion auf einen rigiden Verlauf des Einigungsprozesses, indem die ostdeutschen Bürger Diskriminierung, Enteignung sowie Einschränkung ihrer Bürger- und Menschenrechte erfahren mussten.

Über diese Themen hinaus wurde die GBM jedoch schon sehr bald mit Problemen konfrontiert, die von Rentenrecht, Arbeitslosigkeit bis Obdachlosigkeit, Altersarmut und Diskriminierung von Frauen reichen und den Wirkungsbereich der GBM über die neuen Bundesländer hinaus erweiterten.

Mit über 2700 Mitgliedern in über 30 Ortsverbänden ist die GBM heute eine große Menschenrechtsorganisation in Deutschland.

Der Ortsverband Halle der GBM wurde als „Förderkreis Senioren“ im Mai 1993 (mit einstmalig 300 Mitgliedern) ins Leben gerufen. Seit seiner Gründung hat der Ortsverband unter der Leitung seines gewählten Sprecherrates in vielfältiger Form und Weise bis zur Gegenwart erfolgreich die Wahrung der Bürgerrechte und der Würde des Menschen - vor allem in den neuen Bundesländern - zur Grundlage seiner Tätigkeit gemacht.

Der Anlass, sich als Förderkreis zu organisieren, war das Begehren und der Protest vieler ehemaliger DDR-Bürger, sich zu wehren gegen das entstandene Renten- und Versorgungsrecht durch den übereilt eingegangenen Einigungsvertrag. Planmäßig organisierte Rentenkonsultationen, Gespräche und Beratungen mit Mitgliedern und Sympathisanten rührten über zahlreiche Hilfeleistungen zu erfolgreichen Klagen vor den Sozialgerichten. Damit schaffte sich der Ortsverband ein festes Fundament für eine breite Popularität und Anerkennung im ehemaligen Bezirk Halle.

Mit der Verschmelzung des Förderkreises mit der GBM erweiterte sich das Interessen- und Aufgabensfeld des Ortsverbandes. Zunehmend konzentrierte sich das Mitgliederleben auf die Wahrung der Menschenrechte in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen. Da offensichtlich mit dem sogenannten Einigungsprozess zahllose Bürge-

rinnen und Bürger der ehemaligen DDR ihre bisher gelebten Werte, Ziele und Freiheiten verloren hatten, stand und steht ihnen der Ortsverband hilfreich und zuversichtlich - aber auch aufklärend - zur Seite, um ihnen auch moralischen Halt und eine neue gesellschaftliche Orientierung zu geben. Vorträge und Diskussionen mit Unterstützung von Vertretern der Rentenversicherung zu bestehenden Rentenfragen, vom Finanzamt zum Steuergesetz, von Staatssekretären der Landesregierung zur Rentenpolitik u. v. m. waren wirksame Hilfestellungen für die Mitglieder.

Mit einer großen Zahl von Buchlesungen, Seminaren und Gesprächsrunden hat der Ortsverband wirkungsvoll beigetragen, die Solidarität und in vielen Fällen auch den Lebensmut bei den Teilnehmern neu zu erwecken und zu wahren. Hierzu hat der Ortsverband zahlreiche und namhafte Gäste begrüßen können. So haben z.B. Dr. Hans Modrow, den standhaften Kommunisten Werner Eberlein, Prof. Harry Nick und Prof. Heinrich Fink sowie die ehemalige Kundschafterin Gabriele Gast, Manfred Gebhardt als ehemaligen Chefredakteur des DDR-„Magazin“, Dr. Arthur Spengler (ehemaliger Direktor des VEG Memleben) und viele andere mit ihren gelebten Geschichtsbildern aus der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte mitgeholfen, die Ursachen der heutigen Systemkrise ins

Bewußtsein der Mitglieder zu rücken. Schriftstellerinnen und Schriftsteller wie Gisela Steineckert, Anneliese Probst, Erik Neusch und ebenso Heinz Schwarz waren gern gesehene Gäste.

Mit dem Besuch des Sprecherrates bei dem Maler Prof. Willy Sitte zu einem Gespräch in seinem Atelier und in seiner Ausstellung in Merseburg hat der Ortsverband Halle mit einem kleinen Mosaikstein beigetragen, das Gesamtbild Willi Sitte und sein Lebenswerk in Vergangenheit und Gegenwart etwas zu verdeutlichen.

Alle diese Initiativen und Aktivitäten des Sprecherrates waren darauf gerichtet, die Mitglieder im Ortsverband als Freunde, Weggefährten und Gleichgesinnte zusammenzuhalten, ihnen eine politische und persönliche Geborgenheit in Gemeinsamkeit zu bieten. Ein wesentliches Element des Zusammenhaltes im gesamten Ortsverband waren die regelmäßigen persönlichen Besuche der Mitglieder des Sprecherrates bei den Verbandsmitgliedern zu ihren persönlichen und familiären Anlässen.

Großen Anteil an der Geburt und dem Fortbestehen des Ortsverbandes haben Elsa und Herbert Günzel sowie Dr. Horst Kirchner, die als Mitbegründer desselben noch heute aktiv im Sprecherrat tätig sind. Eine wesentliche Stütze war die ununterbrochene Verbindung des Ortsverbandes mit dem Bundes-

vorstand, indem stets ein Mitglied als Vertreter in den Bundesvorstand gewählt wurde. In dieser Funktion hat der Ortsverband in Gerhard Tressel einen

würdigen Vertreter. Nach einer fast zwanzigjährigen gemeinsamen Wegstrecke muss ganz einfach und nachdrücklich allen Mitgliedern des Sprecherrates

der Dank für die jahrelange Solidarität und die gegenseitige Unterstützung im Interesse der Verteidigung und Wahrung der Menschenrechte ausgesprochen werden.

## Kurt Wabbel nicht postum verurteilen

Es freut die Sportlerinnen und Sportler unserer Stadt und aus dem Umfeld, vor allem die Fußballer und ihre vielen Anhänger, dass das (bisherige) Kurt-Wabbel-Stadion ein neues Gesicht und eine moderne, vorzeigbare Gestalt bekommt.

Die Freude mischt sich jedoch mit dem Wissen, dass der Name Kurt Wabbel liquidiert werden soll bzw. schon ist. Entsetzen macht sich breit, und zwar aus mehreren Gründen. Der erste und hauptsächlich Grund bezieht sich auf den Umgang mit der Person Kurt Wabbel (1901-1944). In Kurzform (vgl. hierzu meinen Artikel „Herr Hirschinger und die Fälschung von Biographien“ im Linken Blatt, 2. Märzausgabe 2007): Er war aktiver Arbeitersportler, seine Disziplin war das Ringen, auch fühlte er sich dem Fußball und Boxen hingezogen. Eng verbunden mit seinem sportlichen und sportorganisatorischem Engagement ist sein politisches Wirken zu sehen. Im Jahre 1929 wurde er als Vertreter der KPD in die Stadtverordnetenversammlung von Halle gewählt. Hier engagierte er sich vor allem für die Erwerbslosen und sozial Schwachen. Er gehörte zu jenen, die zeitig vor der Gefahr des aufkommenden Faschismus warnen. Vielfach trat er als Redner gegen die braune Gefahr auf. Er gehörte zu den Ersten, die von den braunen Machthabern inhaftiert wurden. Nach seiner vorübergehenden Entlassung aus der Lichtenburg erfolgte am 8.04.1937 die erneute Inhaftierung. Bis zu seinem Tod 1944 war er Gefangener der

SS im KZ Buchenwald und dessen Außenlager Wernigerode. In den besten Jahren seines Lebens war Kurt Wabbel mit dem „Faschismus pur“ und immer mit der Frage konfrontiert: Werde ich hier je wieder lebend raus kommen? Es gibt nicht wenige, auch sehr widersprüchliche Zeugenaussagen aus jener Zeit. Es ist schon beeindruckend und menschlich bewegend, wie ein ehemaliger Mitgefänger formuliert: Man merkte, die jahrelange Haft hat ihn „sehr mitgenommen“; man spürte bei ihm eine „Schwermütigkeit“ und „Verschlossenheit“. Und trotzdem (dafür gibt es diverse Belege): Auch unter den unmenschlich zu nennenden Bedingungen des KZ hat er seine antifaschistische Haltung und sein menschliches Verhalten unter Beweis gestellt. So war es nur verständlich, dass schon im Jahre 1945 das Sportamt der Stadt Halle für den Namen „Kurt-Wabbel-Stadion“ plädierte.

Ganzen Generationen war und ist der Name Kurt Wabbel wohlbekannt, nun soll mit einem Federstrich der Name faktisch liquidiert werden.

Im Vorfeld der neuen Namensgebung hat es keine öffentliche Diskussion gegeben, auch keinen Dialog mit Interessenten, indem Argumente und Lösungsvarianten hätten ausgetauscht werden können. Auf kaltem Wege soll den Hallensern und den vielen Menschen aus dem Umfeld ein völlig neuer Name aufoktroiert werden. Dabei wäre es sehr wohl möglich gewesen, legitime unternehmerische und städti-

sche Interessen zusammenzuführen, dabei Traditionen nicht zu negieren und bei der Namensgebung nach einem Kompromiss zu suchen – wenn man nur gewollt hätte.

Schließlich: Das Argument, mit einem neuen Namen für das Stadion verfähre man im Prinzip genau wie in anderen Städten (etwa Dortmund, Leverkusen oder Rostock) ist insofern problematisch, weil nach unserer Kenntnis in diesen Städten kein Name von Antifaschisten über Bord geworfen wurde. Was in Halle geschah, kann m. E. aus politisch-moralischem Blickfeld nur als verwerflich angesehen werden.

Noch ein Wort an die Adresse der Linksfraktion im Stadtrat: Die Fraktion, zumindest einige ihrer Mitglieder, wusste seit längerem, dass die Absicht besteht, den Namen „Kurt-Wabbel-Stadion“ zu liquidieren. Nun hätte man wissen müssen, dass es in dieser Frage eine sensible Öffentlichkeit gibt und die LINKE in Halle über Jahre hinweg den Namen „Kurt-Wabbel-Stadion“ mit Erfolg verteidigt hat (z. B. 1997 deutliche Ablehnung eines Antrages der CDU im Stadtrat von Halle zur Umbenennung des Stadions). Es gab seitens der Fraktion im Prinzip aber keine Information und keine Suche nach einem möglichst gemeinsamen Standpunkt.

Am Stadion wird ja noch tüchtig gebaut. Da kann man nur hoffen, dass in der Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Kurt Wabbel darf nicht postum verurteilt werden.

Prof. Dr. Siegfried Kiel